

Junge Union Haan

Bahnhofstr. 43
42781 Haan
Tim Feisel, Vorsitzender



An die
Vorsitzende des Rates der Stadt Haan
Frau Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

Haan, den 07.04.2017

Bürgerantrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Haan,

für den Haupt- und Finanzausschuss am 17. April 2018, beantragt die Junge Union Haan den
Bürgerantrag

**Generationengerechtigkeit in Haan: Etablierung einer nachhaltigen
Finanz- und Umweltpolitik**

einzubringen und dem Haupt- und Finanzausschuss am 26. Juni 2018 zur Entscheidung
vorzulegen.

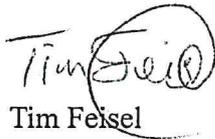
Begründung:

Unsere Stadt befindet sich nach nunmehr 10 Jahren eines defizitären Haushalts endlich wieder auf dem Weg zu einer „städtischen schwarzen Null“. In dieser Zeit wurde in Haan viel erreicht, viele Projekte angestoßen und unsere Stadt in vielen Punkten voran gebracht. Wir sind der Überzeugung, dass der damit einhergehende Anstieg der kommunalen Schulden in Haan nun beendet sein muss. Vielmehr sollen ein Teil der geplanten zukünftigen Überschüsse dafür genutzt werden, um die laufenden Kosten der Stadt zu verringern. Diesen Punkt sehen wir als Vertreter der jungen Generation als wichtigen Beitrag zur Generationengerechtigkeit an. Gleichzeitig möchten wir mit diesen Investitionen den Energieverbrauch unserer Stadt senken und so einen weiteren aktiven Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten. Als eine der ersten Möglichkeiten stellen wir uns vor, dass wir als Stadt die städtischen Gebäude mit Photovoltaikanlagen ausstatten. Hier wurde bereits durch die Umsetzung des 10-Punkte-Klimaschutzprogramms aus dem Jahr 2007 eine Vorleistung erbracht: Die städtischen Gebäude des Dieker Carré und der Feuerwache wurden bereits zur Installation von Photovoltaikanlagen vorbereitet. Wir sind der Überzeugung, dass diese Möglichkeit auch bei zukünftigen Bauprojekten (Gymnasium, Grundschulen und Rathaus) berücksichtigt werden muss. Losgelöst hiervon sehen wir die Notwendigkeit der Überprüfung der damals

formulierten Klimaschutzziele und schlagen vor, diese im Rahmen einer Projektgruppe in eine Nachhaltigkeitsstrategie zu überführen.

Daher bitten wir den Rat der Stadt Haan Folgendes zu beschließen:

- 1) Ein Teil der zukünftigen Überschüsse der Gartenstadt Haan wird zur Senkung der laufenden (Energie-)kosten genutzt. Hierfür werden in einem ersten Schritt die kommunalen Gebäude mit Photovoltaikanlagen samt Speicher ausgestattet.
- 2) Darüberhinaus werden die Ansätze des 10-Punkte-Klimaschutzprogramms in eine Nachhaltigkeitsstrategie überführt, überarbeitet und ergänzt. Hierzu wird eine Projektgruppe gegründet.



Tim Feisel
Vorsitzender JU Haan



Vincent Endereß
Beisitzer JU Haan

Auszug

Beschlussorgan: Haupt- und Finanzausschuss	Sitzung vom: 26.06.2018	Niederschrift zur Sitzung HFA/029/2018
--	-------------------------	---

**1./ Bürgerantrag der Jungen Union Haan v. 07.04.18
hier: Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden
Vorlage: 10/159/2018**

Protokoll:

Stv. Rehm führt aus, dass die im Antrag genannten Photovoltaikanlagen nur ein Beispiel von vielen seien. Es gehe im Antrag auch um eine Strategie zur Nachhaltigkeit. Diese sei jedoch sehr weitgreifend und bedarf einer gründlichen Vorarbeit und Beratung, weshalb sich diese nicht in kurzer Zeit realisieren lasse. Da diese Strategie jedoch aus vielen einzelnen und verschiedenen Bausteinen bestehe, welche alle Bereiche der Verwaltung betreffe, müsse dieses Thema entsprechend auch in allen Ausschüssen besprochen werden.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf den Bürgerantrag der Jungen Union Haan vom 07.04.2018 und erläutert, dass die Verwaltung sich vorerst an den Antrag halte und an das, was dort konkret gefordert wurde. Daher bezog sich der Vorschlag der Verwaltung bisher nur auf den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften, Tourismus und Kultur (WLSTA), da das Thema der Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden ein Liegenschaftsthema sei.

Stv. Stracke stimmt einer Beratung im WLSTA zu. Er empfiehlt jedoch, das Thema in der dortigen Beratung zu erweitern, da dies ein großes Feld der Verwaltung betreffe.

Stv. Giebels stimmt seinen Vorrednern zu und betrachtet den Antrag und die Beratung im WLSTA als Einstieg in diese Querschnittsaufgabe und Beratung in weiteren Ausschüssen.

Stv. Lukat verweist auf die Mail der WLH vom 26.06.2018. Sie wundere sich darüber, dass es hier erneut zu einem entsprechenden Beschluss bezüglich der Nachhaltigkeit gehen solle, da dies aus ihrer Sicht ja bereits 2015 beschlossen wurde. Sie verweist dazu auf die Sitzung vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA) vom 25.08.2015, in der beschlossen wurde, dass eine Arbeitsgruppe sowie ein regelmäßiges Berichtswesen eingerichtet werden sollte. Daher sei der Antrag der Jungen Union abzulehnen, da er keine neuen Gesichtspunkte zu bereits bekannten und beschlossenen Sachverhalten liefere.

Weiterhin sehe die WLH-Fraktion ein rechtliches Problem, da im Antrag gefordert werde, die Überschüsse der Stadt für die Finanzierung solcher Maßnahmen einzusetzen. Diese müssten jedoch verpflichtend zur Schuldentilgung genutzt werden.

Stv. Giebels führt hierzu aus, dass der Zweck des Antrages mehr als nur den Beratungsstand von 2015 beinhalte. Aus diesem Grund komme eine Ablehnung gem. der Geschäftsordnung nicht in Betracht.

Stv. Drennhaus bekräftigt, dass vor allem der zweite Teil des Antrages viel weitgreifender, als nur die Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden sei. Er halte daher eine weitergehende Beratung, nicht nur im WLSTA, sondern auch im SUVA für sinnvoll.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgerantrag der Jungen Union Haan (siehe Anlage 1) wird zur weiteren Beratung an den **Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften, Stadtmarketing und Tourismus (WLSTA)** verwiesen.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, bezüglich der Ziffer 2 des Beschlussvorschlages des Antrages der Jungen Union Haan zu prüfen, ob eine zusätzliche Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA) notwendig ist.

Inzwischen hat die Verwaltung geprüft und kommt zu dem Ergebnis, dass hinsichtlich einer allgemeinen, über städtische Liegenschaften hinausgehende Nachhaltigkeitsstrategie, der SUVA ein geeignetes Gremium sei.

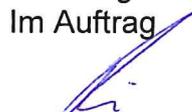
Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Die Richtigkeit des Auszuges wird bestätigt. Gleichzeitig wird bestätigt, dass der Ausschuss beschlussfähig war.

Haan, den 06.08.2018

Die Bürgermeisterin
Im Auftrag


Ries